



VORBERATENDE KOMMISSION
DES KANTONS RATES

22.07.14

Protokoll der Sitzung der vorberatenden Kommission

IV. Nachtrag zum Kinderzulagengesetz (22.07.14)

Ort: Gesundheitsdepartement, Moosbruggstrasse 11, 9001 St.Gallen,
Konferenzraum Nr. 801

Zeit: Montag, 13. August 2007, 09.15 bis 10.45 Uhr

Anwesend: *Mitglieder der vorberatenden Kommission:*

Hasler-Spirig Marlen, Widnau (Präsidentin)
Altenburger Ludwig, Buchs
Baumgartner Daniel, Flawil
Bischofberger Felix, Altenrhein
Blum Markus, Mörschwil
Dobler Ernst, Oberuzwil
Gemperle Felix, Goldach
Güntensperger Heinz, Dreien
Güntzel Karl, St.Gallen
Häne Christoph, Kirchberg
Heim-Keller Seline, Gossau
Hoare-Widmer Susanne, St.Gallen
Huber Maria, Rorschach
Keller-Inhelder Barbara, Jona
Lusti Bruno, Niederuzwil
Mächler Franz, Wil
Richle Hans M., St.Gallen
Schlegel Jeannette, Goldach
Widmer Andreas W., Wil

Mitarbeitende der Staatsverwaltung und Sachverständige:

Hilber Kathrin, Regierungspräsidentin, Departement des Innern
Dr. Dörler Anita, Generalsekretärin, Departement des Innern
Sprenger Kaspar, Amtsleiter, Departement des Innern/Amt für Soziales
Keller Theo, Stabstelle, Departement des Innern/Amt für Soziales
Cavelti Nico, juristischer Mitarbeiter, Departement des Innern/Amt für
Soziales, Protokoll

Traktanden:

1.	Begrüssung und Hinweise zu den Kommissionsberatungen	3
2.	Informationsteil	3
2.1.	Übersicht über den Inhalt der Vorlage	3
2.2.	Weiteres Vorgehen in Sachen Kinderzulagen	3
3.	Beratung des IV. Nachtrags zum Kinderzulagengesetz.....	3
3.1.	Eintretensvotum	3
3.2.	Eintretensdiskussion und Abstimmung über Eintreten.....	4
3.3.	Spezialdiskussion und Schlussabstimmung	5
4.	Umfrage: Kommissionsreferat, Medienmitteilung, Verschiedenes.....	6

Unterlagen: Botschaft und Entwurf der Regierung vom 17. April 2007 zum IV. Nachtrag zum Kinderzulagengesetz (22.07.14)

1. Begrüssung und Hinweise zu den Kommissionsberatungen

Marlen Hasler-Spirig, Präsidentin der vorberatenden Kommission, begrüsst die Mitglieder der vorberatenden Kommission sowie die Vertretung des Departements des Innern.

Seit der Kommissionsbestellung in der Junisession nahm die Präsidentin des Kantonsrates folgende Ersatzwahlen in die vorberatende Kommission vor:

- Barbara Keller-Inhelder Rapperswil-Jona anstelle von Andrea Frei Gschwend-Rapperswil-Jona;
- Ludwig Altenburger-Buchs anstelle von Barbara Gähwiler-Bader-Buchs.

Nach Art. 67 des Kantonsratsreglements (sGS 131.11; abgekürzt KRR) ist das

Kommissionsprotokoll bis nach Abschluss der Beratungen des Kantonsrates vertraulich.

2. Informationsteil

2.1. Übersicht über den Inhalt der Vorlage

Theo Keller informiert zu Beginn seines Referats über die Entstehungsgeschichte der Familienzulagen in der Schweiz. In einem nächsten Teil beleuchtet er Anlass und Inhalt der aktuellen Revision (vollständiger Wortlaut des Referats liegt bei).

2.2. Weiteres Vorgehen in Sachen Kinderzulagen

Kaspar Sprenger macht Angaben über das weitere Vorgehen in Sachen Kinderzulagen (vollständiger Wortlaut des Referates liegt bei).

Marlen Hasler-Spirig eröffnet im Anschluss an die Referate eine Fragerunde.

Heinz Güntensberger bemängelt, dass im Bericht keine Angaben zu den Kosten der Arbeitgeber gemacht würden.

Theo Keller hält fest, dass auf S. 3 der Botschaft Angaben zu den Kosten gemacht werden.

Andreas Widmer erkundigt sich, weshalb die Mitfinanzierung durch die Arbeitnehmer nicht bereits auf den 1. Januar 2008 vorbereitet werden könne.

Theo Keller verweist auf den Auftrag gemäss Motion. Danach sei einzig die Zulagenerhöhung auf den 1. Januar 2008 Diskussionspunkt, was aber nicht bedeute, dass die Fragestellung der Mitfinanzierung vom Tisch sei.

3. Beratung des IV. Nachtrags zum Kinderzulagengesetz

3.1. Eintretensvotum

Kathrin Hilber betont die Wichtigkeit der Familienzulagen als Element der Familienpolitik. Diese seien wichtig für die Familienförderung und -unterstützung, ein Anliegen, welches von allen Parteien unterstützt werde. Sie weist in ihrem Votum daraufhin, dass mit dem neuen Bundesgesetz die Situation einerseits einfacher, andererseits auch wieder schwieriger geworden ist, da der Spielraum der Kantone gross bleibt. Sie sei sich des Spannungsfeldes bewusst, dass der Staat die Familienzulagenordnung regelt und die Arbeitgeber die Finanzierung übernehmen müssen. Es handle sich um eine Verbundaufgabe, also eine Aufgabe mit verschiedenen Akteuren.

Weiter weist sie darauf hin, dass die Arbeitnehmerbeteiligung nicht einfach so eingeführt werden könne, sondern es brauche neben Gesprächen mit der Wirtschaft auch solche mit den Sozialpartnern. Zudem müssten diverse Modellrechnungen gemacht werden. Es dürfe nicht

sein, dass einzelne Arbeitnehmende mehr einzahlen müssten, als sie erhalten. Die Kassenstruktur im Kanton St.Gallen sei sehr heterogen.

Kathrin Hilber ist überzeugt, dass Familienpolitik wichtig ist und bittet deshalb, den in der Abstimmung vom 26. November 2006 ausgedrückten klaren Willen des Volkes für eine Erhöhung der Zulagen zu akzeptieren und auf die Vorlage einzutreten.

3.2. Eintretensdiskussion und Abstimmung über Eintreten

Bruno Lusti erklärt, dass die FDP mit den Abstimmungen zu diesem Thema nie zufrieden gewesen sei. Die Partei störe sich an der fehlenden Arbeitnehmerbeteiligung. Es falle auf, dass es einfacher sei, Geld auszugeben, das man nicht selber eintreiben müsse. Es handle sich immerhin um 40 Millionen Franken. Bruno Lusti warnt, dass es der momentan boomende Wirtschaft auch wieder schlechter gehen könne und wer glaube, dass mehr Kinderzulagen auch mehr Kinder bedeute sei naiv. Der Bund habe nur das Minimum geregelt. Es wäre besser gewesen, die Zuständigkeit bei den Kantonen zu belassen.

Die FDP Kommissionsmitglieder sind – zwar zähneknirschend – für Eintreten auf die Vorlage.

Hans M. Richle legt vorerst seine Bindungen dar: Er ist Präsident des Gewerbeverbandes und Präsident der Ausgleichskasse des Gewerbeverbandes. Es gelte, den Willen des Volkes zu respektieren, doch habe sich das Volk nur zur Erhöhung, nicht jedoch zum Zeitpunkt des Inkrafttretens derselben geäußert. Der Bund habe einzig festgelegt, bis zu welchem Termin die notwendigen Änderungen auf kantonaler Ebene vorgenommen werden müssen. Die SVP werde sich zum Zeitpunkt bei der Detailberatung äussern.

Die SVP Kommissionsmitglieder sind für Eintreten auf die Vorlage.

Felix Gemperle äussert sein Erstaunen über das Gesagte von Hans M. Richle. Mit der Motion, die der Kantonsrat mit 125:23 Stimmen gutgeheissen und bei deren Schlussabstimmung nur 5 Kantonsräte dagegen votiert und 2 sich der Stimme enthielten, verfolge man das Ziel, die Erhöhung auf den 1. Januar 2008 in Kraft zu setzen. Auch Hans M. Richle hätte dieser Motion zugestimmt und er könne diese Kehrtwende nicht verstehen.

Die SP Kommissionsmitglieder sind für Eintreten auf die Vorlage.

Ernst Dobler hält fest, dass die CVP sich für die Erhöhung auf Fr. 200.- für Familienzulagen und auf Fr. 250.- für Ausbildungszulagen auf kantonaler wie auf Bundesebene eingesetzt habe. Als Unternehmer sei er sich der Mehrbelastung der Wirtschaft bewusst, man müsse aber auch sehen, dass die Arbeitnehmenden mit ihrer Arbeit zum Erfolg des Unternehmens beitragen würden und es wesentlich schmerzlichere Belastungen für die Arbeitgeber gebe. Die Kassenstruktur und zukünftige Finanzierungsmodelle würden sicher noch zu reden geben, doch jetzt sei nicht der Zeitpunkt dazu.

Die CVP Kommissionsmitglieder sind für Eintreten auf die Vorlage.

Susanne Hoare-Widmer dankt den Initianten der Motion und Theo Keller für den interessanten und wichtigen geschichtlichen Abriss. Sie habe schon einmal in einer Kommission zum Kinderzulagengesetz mitgewirkt und dort erfahren, dass die Mühlen manchmal etwas langsam mahlen würden. Es gebe jedoch ohne Arbeitnehmer keine Wirtschaft.

Sie ist als Vertreterin der Grünen für Eintreten auf die Vorlage.

Marlen Hasler-Spirig bittet zur Abstimmung:

Eintreten		
18 dafür	O dagegen	1 Enthaltung

3.3. Spezialdiskussion und Schlussabstimmung

Marlen Hasler-Spirig eröffnet die Spezialdiskussion. *Zur Botschaft wird keine Diskussion gewünscht.*

Hans M. Richle stellt den Antrag Kap. I. Ziff. 1 des IV. Nachtragsentwurfs so zu ändern, dass die Inkraftsetzung per 1. Januar 2009 erfolgt mit der Begründung, dass damit dem Volkswillen entsprochen würde, jedoch die mögliche Frist ausgenutzt werden könnte.

Felix Gemperle zeigt sich über den Antrag befremdet. Die Motion hatte einzig zum Ziel, die Erhöhung der Zulagen per 1. Januar 2008 zu ermöglichen. Unter anderem habe auch Hans M. Richle die Motion unterstützt. Wenn er sich heute dagegen stelle, hätte er konsequenterweise auch die Motion ablehnen müssen. Wenn der Zeitpunkt des Inkrafttretens verschoben würde, wären die heutige Sitzung und die Vorarbeiten ohne Sinn gewesen.

Kathrin Hilber erklärt, dass die Kantone den Spielraum hätten und diesen auch nutzen sollten. Sie sei sich bewusst, dass 38 Millionen zulasten der Wirtschaft gehen würden. Immerhin verteile sich der Betrag auf eine grosse Anzahl Kassen und Arbeitgeber. In vielen Kantonen seien Bestrebungen im Gang, die Erhöhung per 1. Januar 2008 einzuführen. Der Kanton Thurgau habe diese Erhöhung bereits beschlossen. Sie appelliert, dass der Kanton St.Gallen grosszügig sein soll. Wenn man die Arbeitgeber entlasten wolle, müsse man das System ganz ändern.

Karl Güntzel erinnert daran, dass heute Selbständigerwerbende an die Finanzierung der Zulagen zahlen müssten, ohne jedoch selber Zulagen zu erhalten. Er unterstütze den Antrag Richle. Der Antrag habe als Antrag SVP zu gelten.

Ernst Dobler ist ebenfalls erstaunt, dass Hans M. Richle diesen Antrag stellt. Richle habe sogar für die Motion gesprochen. Dass die Selbständigwerbenden keine Zulagen erhalten, sei von den Eidgenössischen Räten so entschieden worden.

Christoph Häne äussert sich gegen eine Verschiebung der Erhöhung. Es gelte, den Volkswillen zu respektieren und dem Motionsauftrag nachzukommen.

Susanne Hoare-Widmer erklärt, dass sie die klaren Abstimmungsergebnisse zur Kenntnis genommen habe. Sie habe in den Kommissionen die Erfahrung gemacht, dass die SVP immer wieder den Dreh finde, gegen Vorlagen zu stimmen bzw. sich zu enthalten. Sie frage sich, ob die SVP Kommissionsmitglieder ferngesteuert seien.

Hans M. Richle hält es für falsch, dass man über Vorlagen nicht diskutieren dürfe. Er habe die Motion nicht bekämpft, aber auch nicht dafür gesprochen, was man im Ratsinformationssystem nachsehen könne. Richtig sei, dass die Mehrbelastung für die Wirtschaft 40 Millionen Franken betrage. Für die gesamten Zulagen zahle diese aber 240 Millionen Franken.

Kathrin Hilber weist darauf hin, dass der Kanton St.Gallen mit der Erhöhung per 1. Januar 2008 auch Standortmarketing betreibe. Familienpolitik sei wichtig. Selbst wenn die Erhöhung auf 1. Januar 2009 verschoben würde, wäre eine Regelung für die Mitfinanzierung durch die Arbeitnehmer noch nicht möglich. Es müsse unter anderem auch die Bundesverordnung abgewartet werden. Für den Vollzug seien zudem die notwendigen Vorkehrungen zu treffen.

Heinz Güntensperger gibt nochmals zu bedenken, dass der Abschnitt über die Finanzierung ungenügend sei.

Kathrin Hilber erklärt, dass der Bericht nur Ausführungen dazu mache, was die Motion auftrage. In der Motion gehe es einzig um die vorzeitige Inkraftsetzung der Erhöhung der Zulagen. Am grundsätzlichen Finanzierungsmodus werde nichts geändert. Die Erhöhung habe eine moderate Anpassung der Beitragssätze zur Folge, wobei auch die gebildeten Reserven eine Rolle spielen würden. Sie bittet, nichts zu verlangen, wozu kein Auftrag bestehe.

Marlen Hasler-Spirig lässt über den Antrag SVP abstimmen.

Antrag SVP		
5 dafür	14 dagegen	0 Enthaltungen

Marlen Hasler-Spirig fragt nach, ob noch zu weiteren Punkten des Entwurfs eine Diskussion gewünscht wird.

Heinz Güntensperger hält fest, dass ihm weiterhin Ausführungen zur Finanzierung durch die Arbeitgeber fehlten.

Eine weitere Diskussion wird nicht gewünscht.

Marlen Hasler-Spirig bittet daher zur Schlussabstimmung:

Schlussabstimmung		
14 dafür	0 dagegen	5 Enthaltungen

4. Umfrage: Kommissionsreferat, Medienmitteilung, Verschiedenes

Die vorberatende Kommission beauftragt ihre Präsidentin, dem Kantonsrat mündlich Bericht zu erstatten.

Die vorberatende Kommission beschliesst, eine Medienmitteilung zu erlassen.

Die Sitzung wird um 10.45 Uhr beendet.

St.Gallen, 20. August 2007

Die Präsidentin der vorberatenden
Kommission

sig. M. Hasler

Marlen Hasler-Spirig

Der Protokollführer

sig. Nico Cavelti

lic.iur Nico Cavelti

Beilage: Referate Theo Keller und Kaspar Sprenger (samt Folien)

Geht an:

- Mitglieder der vorberatenden Kommission
- Staatskanzlei (7)
- Departement des Innern
- Amt für Soziales